



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

**Jutta Haug**  
Mitglied des  
Europäischen Parlaments

EU/EP: EU-Haushalt 2011

Straßburg, 23.11.2010

## PRESSEMITTEILUNG

### **Jutta HAUG: "Wir verlangen Vertragstreue"**

#### **Europaabgeordnete fordern in einer fraktionsübergreifenden Resolution ihre Rechte aus dem Lissabonvertrag erneut ein**

Mit der Debatte zum EU-Haushalt 2011 im Plenum des Europäischen Parlaments in Straßburg am Dienstagnachmittag wurde nochmals deutlich, dass es grundsätzlich um die Zukunft der Europäischen Union und die Wahrung der Rechte eines demokratisch gewählten Parlaments geht. Vor allem dem Vorwurf des Demokratiedefizits auf europäischer Ebene sollte mit dem Vertrag von Lissabon begegnet werden. Nun die parlamentarischen Haushaltsrechte durch die einzig direkt gewählte Institution nicht einzufordern, würde dem Ziel des Vertrags zuwiderlaufen.

"Wir fordern nichts ein, was nicht im Vertrag von Lissabon durch die Staats- und Regierungschefs festgeschrieben wurde", betonte **Jutta HAUG**, Vize-Präsidentin des Haushaltsausschusses und SPD-Europaabgeordnete, nach Ende der Aussprache.

Hintergrund der Debatte war das Scheitern der Verhandlungen zwischen Parlament und Rat in der Nacht vom 15. auf den 16. November 2010. Obwohl das Parlament dem Rat in seinen Forderungen nach einer begrenzten Erhöhung der Zahlungsermächtigungen um 2,91% gegenüber 2010 entgegengekommen war, lehnten die nationalen Regierungen im Gegenzug jede Gesprächsbereitschaft über Finanzierungsmechanismen der EU in den kommenden Jahren ab. "Welches nationale Parlament in der EU würde es zulassen, dass seine primären Haushaltsrechte durch die Regierung reglementiert werden würden", erklärte **Jutta HAUG** die Situation.

Die schwierige Lage wurde durch eine Minderheit von Mitgliedstaaten herbeigeführt, die europäischem Denken und Solidarität eine Abfuhr erteilen wollen. "Dass die Zeiten intergouvernementalen Gemaschels mit dem Lissabonvertrag vorbei sind, scheinen Teile des Rates nicht akzeptieren zu wollen", so **Jutta HAUG**. Es ist vertraglich festgelegt, dass das Europäische Parlament einem neuen Mehrjährigen Finanzrahmen zustimmen muss. Im Vertrag ist festgelegt, dass die EU sich mit den entsprechenden Haushaltsmitteln zur Umsetzung aller Aufgaben ausstattet. "Da scheint es doch nur logisch und verantwortungsvoll, dass wir einen Einstieg in diese Debatte bekommen", so die Haushaltsexpertin. "Und wenn wir jetzt schon künftige Finanzierungsengpässe voraussehen, sollten wir doch den Mut aufbringen, entsprechende Flexibilitätsmechanismen, die schnell abgerufen werden können, zu verabreden."

Am Donnerstag wird eine fraktionsübergreifende Resolution verabschiedet werden, worin die Europaabgeordneten die sich aus dem Lissabonvertrag ergebenden Rechte nochmals einfordern. "Dass wir eine Einigung für den EU-Haushalt 2011 wollen, stand nie außer Frage. Aber das kann nur geschehen, wenn parlamentarische Rechte nicht mit Füßen getreten werden, die Gemeinschaftsmethode die übliche ist und die Zukunft der Union nicht aus dem Blick verloren geht", erklärt **Jutta HAUG** abschließend.

*Für weitere Informationen: Büro Jutta Haug Brüssel, Tel.: +32 228 47595*

---

Europabüro, Paulusstr. 45, 45657 Recklinghausen  
Tel. 02361-14007, Fax: 02361 – 14018  
Mail: [europabuero@jutta-haug.de](mailto:europabuero@jutta-haug.de), Homepage: [www.jutta-haug.de](http://www.jutta-haug.de)